



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 423.000 Euro von 491.749.900 Euro auf 492.172.900 Euro und für das Jahr 2018 um 432.000 Euro von 503.660.400 Euro auf 504.092.400 Euro erhöht, um folgende Stellenhebungen zu finanzieren:
 - A 6 nach A 7 30 Stellen,
 - A 7 nach A 8 30 Stellen,
 - A 8 nach A 9 30 Stellen,
 - A 9 nach A 9+Z 30 Stellen.
2. Bei Kap. 04 04 Tit. 422 21 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 240.000 Euro von 9.143.000 Euro auf 9.383.000 Euro und für das Jahr 2018 um 980.000 Euro von 10.606.000 Euro auf 11.586.000 Euro erhöht, um 100 weitere Stellen der BesGr. A 6 (Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterin) zu schaffen.
3. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Die Personalsituation bei den Serviceeinheiten der Gerichte ist extrem angespannt. Gerade die Flüchtlingskrise und die Umstellung auf die elektronische Akte und den elektronischen Rechtsverkehr werden über Jahre hinweg einen erheblichen Mehraufwand erfordern, der nur mit zusätzlichem Personal bewältigt werden kann. Der Servicebereich der Gerichte muss dringend verstärkt werden. Die bereits im Entwurf für den Doppelhaushalt vorgesehenen 50 Anwärterstellen werden deshalb um weitere 100 Anwärterstellen erhöht.

Der Beförderungsstau bei den Justizfachwirten hält nach wie vor an. Besonders lange dauert eine Beförderung von A 7 nach A 8, von A 8 nach A 9 und von A 9 nach A 9 + Z. Um die unbefriedigende Beförderungssituation zu verbessern, sind Stellenhebungen in diesem Bereich deshalb unverzichtbar.